Herr Bamberg erteilte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Doğan das Wort, der den Beschlussvorschlag vorstellte und auf den in der Einladung versendeten Entwurf der Geschäftsordnung hinwies. Wie in der letzten Sitzung dargestellt, muss entsprechend § 27 Absatz 7 Satz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bezüglich der Arbeitsweise des Integrationsrates eine eigene Geschäftsordnung erstellt werden. Hier sind neben den notwendigen Inhalten weitere Regelungen enthalten, die für das Verfahren im Integrationsrat gelten sollen. Sofern nichts anderes bestimmt wurde, findet auf den Integrationsrat die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Sankt Augustin in der jeweils geltenden Fassung insofern Anwendung, als an die Stelle der Ratsmitglieder die Mitglieder des Integrationsrates und an die Stelle des Bürgermeisters die oder der Vorsitzende des Integrationsrates treten. Bisher wurde auf den Integrationsrat die Geschäftsordnung des Rates angewandt. Die eigene Geschäftsordnung lehnt sich stark an der Geschäftsordnung des Rates an.

Empfohlen wird den Mitgliedern des Integrationsrates, diese Geschäftsordnung bei Sitzungen mitzuführen und sich den Inhalt anzueignen, da dies eine gute Unterstützung für einen geregelten Sitzungsablauf bietet.

Frau Susanne Massow (Stabsstellenleitung Integration und Sozialplanung – luS) ergänzte die Ausführungen. Neben der Anlehnung an die Geschäftsordnung des Rates wurde besonders der Leitgedanke „*so lang wie nötig, so kurz wie möglich*“ im Entwurf umgesetzt. Der hier vorgelegte Entwurf wurde von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den beiden Vorsitzenden des Integrationsrates erstellt.

Insbesondere wurden der Rechtsdienst und das Bürgermeisterratsbüro eingebunden, dabei wurden auch Praxisbeispiele aus anderen Kommunen herangezogen.

Als besonderer Teil der Geschäftsordnung ist die Präambel mit definierten Werten und Zielen des Integrationsrates anzusehen.

Herr Bamberg eröffnete die Frage- und Diskussionsrunde bezüglich des vorliegenden Entwurfes.

Herr Haacke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragte, ob § 13 Fragerecht der Bürger, welches auch in der Geschäftsordnung des Rates etabliert ist, neu sei? Herr Doğan beantwortete dies bejahend, da die Geschäftsordnung des Rates bisher Anwendung fand.

Der stellvertretende Vorsitzende bedankte sich vor die gute Vorarbeit und ließ über den Beschlussvorschlag und den Entwurf der Geschäftsordnung abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat der Stadt Sankt Augustin beschließt in Anwendung des § 27 Absatz 7 Satz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen eine eigene Geschäftsordnung entsprechend des vorgelegten Entwurfes.